

V4-Beschluss Abschiebehaft abschaffen – rassistischer Willkür entgegentreten

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 24.03.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

864 Bis zu 18 Monate Haft, ohne eine Straftat begangen zu haben. Das ist die
865 Realität vieler Geflüchteter, die in Abschiebehaft sitzen.

866 Was ist Abschiebehaft eigentlich?

867 Abschiebehaft bedeutet, dass die Ausländerbehörden oder die Bundespolizei
868 geflüchteten Menschen vor der Abschiebung die Freiheit entziehen. Die Haft ist
869 geregelt in §62 des Aufenthaltsgesetzes. Demnach können Geflüchtete in
870 Schutzhaft genommen werden, wenn sie sich der Abschiebung entziehen wollen. Ob
871 das tatsächlich geplant ist oder passiert, ist hierbei egal, es reicht ein nicht
872 weiter geregelter und sehr unkonkreter „begründeter Verdacht“.

873 Und hier wird es paradox. Denn Abschiebungen werden grundsätzlich nicht
874 angekündigt. Wenn man also mal zufälligerweise nicht da ist, weil man z.B.
875 einkaufen geht, der Staat aber genau dann die Abschiebung durchführen wollte,
876 gilt das als Entziehung von der Abschiebung und man kann hinter Gitter kommen.
877 Geflüchtete wissen also nicht, wann sie abgeschoben werden sollen. Wenn sie aber
878 währenddessen ihrem normalen Lebensablauf nachgehen und nicht zuhause sind,
879 können sie dafür bestraft werden.

880 Daneben können Menschen auch inhaftiert werden, wenn der Staat sie abschieben
881 will, die Abschiebung aber noch nicht sofort vollzogen werden kann, etwa weil
882 Personal oder Flugzeuge fehlen. Und das bis zu 1.5 Jahre.

883 Es handelt sich bei der Abschiebehaft also nicht um eine Strafe, sondern um eine
884 Maßnahme, dem Staat die Abschiebung eben jener Menschen zu erleichtern.

885 Es ist jedoch vollkommen unverhältnismäßig, Menschen zu inhaftieren und ihnen
886 für eine bestimmte Zeit die Freiheit zu entziehen, nur um dem Staat einen
887 Verwaltungsakt zu erleichtern.

888 Und doch soll diese rassistische Praxis, Ausländer*innen zu inhaftieren, um sie
889 aus Deutschland auszuweisen, ausgeweitet werden.

890 Welche Probleme gibt es?

891 Die medizinische und psychologische Versorgung ist in den Abschiebehaftanstalten
892 oft mangelhaft. Ärztliche Untersuchungen finden, wenn sie denn stattfinden,
893 meist ohne professionelle Dolmetscher*innen statt. Darüber hinaus ist auch
894 fachgerechte psychologische Betreuung Mangelware, gerade Psycholog*innen, die
895 sich auf fluchtbedingte Traumatisierungen spezialisiert haben, gibt es in den
896 Abschiebegefängnissen so gut wie nie.

897 Dazu kommt, dass viele Geflüchtete in Abschiebehaft, gerade wenn sie für eine
898 längere Zeit da sind, unter Angst und Depressionen leiden.

899 Es ist klar, dass die Abschiebehaft das Leben der betroffenen Personen massiv
900 einschränkt und ihr Ankommen in Deutschland gefährdet.

901 Rechtswidrige Willkür

902 Dazu kommt, dass ein Großteil der inhaftierten Menschen zu Unrecht in Haft
903 sitzt. Allein in der JVA Büren bei Paderborn waren nach Berechnungen des Vereins
904 „Hilfe für Menschen in der Abschiebehaft Büren e.V.“ im Zeitraum zwischen 2015
905 und 2017 60% der Einlieferungen gerichtlich bestätigt rechtswidrig. Knapp zwei
906 Drittel der Menschen in der nordrheinwestfälischen Abschiebehaft saßen also zu
907 Unrecht dort. Das ist ein unhaltbarer Zustand!

908 Eine so hohe Fehlerquote gibt es in keinem anderen Rechtsgebiet und würde
909 überall sonst auch für Aufruhr sorgen. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die
910 Einhaltung rechtsstaatlicher Standards auch bei Asylverfahren und der Anordnung
911 von Abschiebehaft und ein Ende der staatlichen Willkür Geflüchteten gegenüber!

912 Abschiebehaft in NRW

913 In NRW wurde im Dezember 2018 für eine Ausweitung und Verschärfung der
914 Abschiebehaft gestimmt. Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD wurde etwa
915 beschlossen, dass die JVA Büren, das bundesweit größte Abschiebegefängnis,
916 erweitert wird und mehr Personal erhalten soll.

917 Außerdem wurde eine neue menschenrechtsverletzende Hausordnung beschlossen.
918 Menschen, die in Büren inhaftiert sind, dürfen kein Bargeld mehr bei sich führen
919 oder Handys mit Kamerafunktion besitzen. Auch dürfen Menschen bis zu 16 Stunden
920 am Tag in ihrer Zelle eingesperrt und in Isolationshaft gesperrt werden - ohne
921 je eine Straftat begangen zu haben.

922 Wer darüber hinaus als „gefährliche Person“ eingestuft wird, soll schon
923 präventiv sanktioniert werden, z.B. durch den Entzug von Internetzugängen, oft
924 die einzige Möglichkeit, mit Familie und Freund*innen in Kontakt zu bleiben.

925 Wer eine solche „gefährliche Person“ sein soll bleibt jedoch unklar, denn
926 Menschen die Straftaten begangen haben (sollen) und infolgedessen abgeschoben
927 werden, finden sich nicht in der Abschiebehaft wieder, sondern werden direkt aus
928 der Strafhaft heraus abgeschoben. Damit öffnet diese Regelung Tür und Tor für
929 weitere Willkürmaßnahmen gegen Geflüchtete.

930 Diese Verschärfungen in NRW stellen eine krasse Einschränkung für die Freiheit
931 von Geflüchteten dar und werden von uns als solche abgelehnt.

932 Seehofers Pläne

933 Und auch Seehofers Bundesinnenministerium macht mit, wenn es um die Beschneidung
934 von Grund- und Freiheitsrechten für Geflüchtete geht.

935 So heißt es etwa in einem Ideenpapier des Ministeriums, man könne die
936 „Verzichtbarkeit des Richtervorbehalts“ für Geflüchtete in Abschiebehaft prüfen.
937 Auch sollen Geflüchtete zukünftig in normalen Gefängnissen neben verurteilten
938 Straftäter*innen einsitzen. Diese Ideen Seehofers sind nichts weniger als
939 menschenrechts- und verfassungswidrig!

940 Außerdem sollen Menschen zukünftig auch in Abschiebehaft genommen werden können,
941 wenn sie aus Sicht der Behörden nicht gut genug an der Beschaffung von Pässen
942 und Papieren mitwirken. Für eben diese Menschen soll zudem ein neuer Status,
943 noch unterhalb der Duldung eingeführt werden.

944 Dies geht völlig an der Realität vorbei und dient nur dazu, Geflüchtete weiter
945 zu schikanieren und zu entrechten.

946 Es gibt viele Gründe, doch dafür Menschen die Integration in die
947 Mehrheitsgesellschaft zu verweigern und sie noch viel mehr mit Haft zu bestrafen
948 ist unmenschlich!

949 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, dass die rassistische und willkürliche Praxis der
950 Abschiebehaft abgeschafft wird. Denn hier werden Menschen nur eingesperrt, weil
951 sie Ausländer*innen sind und der Staat sich ihre Abschiebung erleichtern möchte.
952 Menschen dafür ihre Freiheit zu entziehen, lehnen wir als vollkommen
953 unverhältnismäßig ab. Auch stehen wir dafür, dass die JVA Büren, das bundesweit
954 größte Abschiebegefängnis, ersatzlos geschlossen wird.

955 Stattdessen müssen wir gerade in Zeiten des Rechtsrucks für die universellen

956 Menschenrechte – gerade auch von Geflüchteten – eintreten und bekräftigen unsere
957 Forderung nach einem bedingungslosen Bleiberecht für alle.

Begründung

erfolgt mündlich